

Christoph Butterwegge*

Rechtsextremismus im Zeichen der Globalisierung

Der heutige Rechtsextremismus weist zwar viele historische Parallelen und politisch-ideologische Übereinstimmungen mit dem (Hitler-)Faschismus bzw. dem NS-Regime und seinen Machthabern auf, unterscheidet sich aber in mancherlei Hinsicht auch deutlich davon. Letzteres gilt nicht bloß wegen *taktisch* begründeter Rücksichtnahmen seiner Hauptrepräsentanten auf die Rechts- und auf die herrschende Stimmungslage. Vielmehr ist jeder Rechtsextremist nicht zuletzt ein Kind seiner Zeit und geprägt von modernen Entwicklungen.

Hier wird für ein Erklärungsmodell plädiert, das die Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Globalisierung, präziser ausgedrückt: die neoliberale Modernisierung bzw. die Umstrukturierung fast aller Bereiche der Gesellschaft nach dem Vorbild des Marktes, sowie die Erblasten der politischen Kultur in Deutschland für den (Standort-)Nationalismus, Rassismus und rechte Gewalt verantwortlich macht. Da neoliberale Kräfte das Elite- und Leistungsdenken früherer Epochen rehabilitieren möchten, deckt sich die politische Rechtsentwicklung partiell durchaus mit ihren Zielsetzungen, wenngleich nicht – nach Art einer Verschwörungstheorie – unterstellt werden soll, diese Interessenkonvergenz sei von den handelnden Personen bewusst herbeigeführt.

Wirtschaftsfundamentalismus, neoliberaler Wettbewerbswahn und Wohlstandschauvinismus als Rahmenbedingungen rechter Gewalt

„Globalisierung“ heißt das Schlagwort, mit dem die meisten Sozialwissenschaftler/innen neuere Entwicklungstendenzen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik und anderer hoch entwickelter kapitalistischer Staaten bezeichnen. Präziser erscheint es jedoch, von einer neoliberalen Modernisierung zu sprechen, bei der es sich um ein gesellschaftspolitisches Projekt handelt, das alle Lebensbereiche den Wolfsgesetzen der Konkurrenz, Leistungsanforderungen des (Welt-)Marktes und privaten Verwertungsinteressen unterwirft.

An die Stelle eines jahrzehntelangen Rüstungswettlaufs zwischen zwei Militärbündnissen (NATO und Warschauer Pakt) trat 1989/90 ein ökonomisch-technologisches Ringen zwischen drei großen Wirtschaftsblöcken: Nordamerika unter US-amerikanischer Führung, Westeuropa unter deutscher Führung und Südostasien unter japanischer Führung kämpfen um Absatzmärkte, Marktanteile, Anlagesphären, strategische Rohstoffe, Ressourcen und Patentrechte. Es scheint fast, als sei dem

Sozialstaat nach dem „Sieg über den Staatssozialismus“ der Krieg erklärt worden. Offenbar stellte der Wegfall einer – gar nicht einmal attraktiven – Systemalternative die im nordwestlichen Kontinentaleuropa dominante Entwicklungsvariante des Kapitalismus, als „rheinisches Modell“ apostrophiert, zur Disposition.

„Globalisierung“ wurde zur Chiffre für grenzenloses Profitstreben auf Kosten von Belegschaften, Arbeitslosen und Rentner(inne)n, „Standortsicherung“ zum Schlachtruf der erfolgreichsten Gruppen im gesellschaftlichen Verteilungskampf. Großunternehmer und Topmanager, die Verursacher der Arbeitslosigkeit, blieben dadurch weitgehend von öffentlicher Kritik an ihrem Handeln verschont. Nur wenn auf Bilanzpressekonferenzen gleichzeitig Milliarden Gewinne und Massenentlassungen verkündet wurden, nahmen Medienvertreter/innen gelegentlich Anstoß am Treiben multinationaler Konzerne, das dem Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes, vor allem seiner Maxime „Eigentum verpflichtet“, diametral widersprach.

Im viel beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“ gilt das Soziale als Luxus, den sich selbst eine wohlhabende Industrienation wie die deutsche nicht mehr leisten kann. Der (nordwest)europäische Wohlfahrtsstaat erscheint seinen Kritikern als von der ökonomisch-technologischen Entwicklung überholt, als Hemmschuh der Wettbewerbsfähigkeit und als moderner Dinosaurier, der ins Museum der Altertümer gehört, neben das Spinnrad und die bronzene Axt. Sozialstaatlichkeit gilt nicht nur Neoliberalen als Standortnachteil, der die internationale Konkurrenzfähigkeit des Landes oder gar des Kontinents gefährdet.

Die tiefe Sinnkrise des Sozialen besteht darin, dass es – quer durch die etablierten Parteien und fast alle gesellschaftlichen Lager – primär als Belastung der Volkswirtschaft und potenzielle Gefährdung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten gesehen, aber nicht mehr als eigenständiger Faktor begriffen wird, der mit über die Humanität und Lebensqualität einer Gesellschaft entscheidet. Der moderne Sozialstaat, also nicht der National- oder Territorialstaat selbst, erscheint transnationalen Wirtschaftssubjekten, handle es sich dabei um Konzerne oder um global agierende Institutionen, zunehmend als Investitions- und Entwicklungshindernis. Das neoliberale Konzept verlangt, jeden Glauben an die Gestaltungsmacht der Wirtschafts- und Sozialpolitik fahrenzulassen. Ökonomismus, Fatalismus und tiefe Resignation hinsichtlich einer Verbesserung des gesellschaftlichen Status quo gehören zu seinen zwangsläufigen Folgen.

Einflüsse der politischen Kultur auf den Rechtsextremismus in Deutschland bis zur DDR-„Wende“

Neben den ökonomischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die im Zuge der Globalisierung eine neue Gestalt annehmen, prägt die politische (Un-)Kultur eines jeden Landes seine extreme Rechte, deren Ideologie, Organisationsstruktur und Führerpersönlichkeiten, aber auch die Art und Weise, wie ihnen demokratische Kräfte begegnen. Unter der „politischen Kultur“ sind geistige Traditionslinien, Mentalitätsbestände sowie Haltungen der Bürger/innen gegenüber den staatlichen Institutionen und Strukturen, also die subjektive Dimension des Politischen, zu verstehen. Erblasten der politischen Kultur in Deutschland waren und sind zum Teil noch immer: ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, die Fixierung auf Staat (Etatismus) und Obrigkeit (Untertanenmentalität), politischer Konformismus und übertriebene Harmoniesucht, Autoritarismus und Antipluralismus, Antiintellektualismus und Irrationalismus, ein Hang zum (rechtlichen) Formalismus, die preußische Ordnungsliebe sowie eine Schwäche der Männer für militärische Disziplin. Sie gipfelten in einem Nationalismus, der von der Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage 1945 besonders aggressiv war, weil Deutschland als „verspätete Nation“ (Helmuth Plessner), von der Ungleichzeitigkeit zwischen Industrialisierung und Demokratisierung geprägt, wenn nötig mit Waffengewalt einen „Platz an der Sonne“ – das meinte: Weltmachtstatus – zu erlangen suchte.

Das sog. Dritte bzw. Großdeutsche Reich fußte weniger auf Sympathien der Bevölkerung mit dem Nationalsozialismus als auf ihrer Identifikation mit dem im monarchischen Obrigkeitsstaat wie in der Weimarer Republik übermächtigen Nationalismus. Das NS-Regime hat den Nationalismus nicht – wie oft behauptet wird – pervertiert, also für Kriegsverbrechen und Völkermord *missbraucht*, vielmehr nur auf die Spitze getrieben. Wenngleich Deutschlands bedingungslose Kapitulation und Okkupation durch die alliierten Siegermächte nicht bloß bedeuteten, dass der Nationalsozialismus gescheitert, sondern auch, dass der Nationalismus seiner Legitimationsgrundlage beraubt war, blieb Letzterer – genauso wie der Antisemitismus – im „kollektiven Gedächtnis“ der Deutschen haften, weil sie ihre eigene NS-Vergangenheit weder kritisch aufgearbeitet noch wirklich bewältigt hatten.

Obwohl die Nation in der Altbundesrepublik trotz einer von Regierung und Opposition benutzten Wiedervereinigungsrhetorik keinen zentralen Bezugspunkt der kollektiven Identitätsbildung mehr darstellte, blieb der Glaube, die Deutschen seien ein besonders tüchtiges, fleißiges und begnadetes Volk, tief im Massenbewusstsein verankert. Eine Renaissance des Nationalismus setzte aber auch nicht erst mit der DDR-„Wende“ im Herbst 1989 und der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990, sondern spätestens nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 ein, als sich die CDU/CSU/FDP-Koalition der sog. Deutschen Frage zuwandte und diese in „Berichten zur Lage der Nation“ wieder für „offen“ erklärte. Später hielt das Deutschlandlied (manchmal mit allen seinen drei Strophen) in Schulbücher, Klassenräume, Fußballstadien sowie Rundfunkanstalten Einzug.

Die grenzrevisionistischen bzw. revanchistischen Bestrebungen innerhalb der Vertriebenenverbände wurden von der Bundesregierung mehr oder weniger offen unterstützt. 1984/85 kam es zum Eklat, als die Landsmannschaft Schlesien ankündigte, dass der damalige Bundeskanzler Kohl auf ihrem bevorstehenden Deutschlandtreffen unter dem Motto „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“ sprechen werde. Zwar wurde diese Losung leicht abgewandelt („40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker“), an der Stoßrichtung dieser Veranstaltung und der Teilnahme hochrangiger Unionspolitiker änderte sich aber nichts mehr. Als Helmut Kohl am 8. Mai 1985 gemeinsam mit US-Präsident Ronald Reagan den Soldatenfriedhof in Bitburg besuchte, wo sich auch zahlreiche Gräber von Angehörigen der Waffen-SS befinden, wurden die NS-Täter durch einen symbolischen Akt rehabilitiert. 1986/87 wurde im sog. Historikerstreit versucht, die Liberalisierung der politischen Kultur, meist mit dem Höhepunkt der Schüler- und Studentenbewegung im Jahr 1968 assoziiert, durch Relativierung des Holocaust und Rehabilitierung der NS-Täter rückgängig zu machen.

In neuerer Zeit knüpften daran Debatten über die beiden Bücher „Hitlers willige Vollstrecker“ von Daniel J. Goldhagen und zur „Holocaust-Industrie“ von Norman G. Finkelstein, das „Schwarzbuch des Kommunismus“, Martin Walsers Frankfurter Friedenspreis-Rede im Oktober 1998, die Wehrmachtsausstellung und das Holocaust-Mahnmal mittelbar an. Auch die Forderung des damaligen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Friedrich Merz, nach Anpassung von Migrant(inn)en an die „deutsche Leitkultur“ vom Oktober 2000 und die nach polemischer Kritik des Umweltministers Jürgen Trittin an einer Skinhead-Parolen gleichenden Interview-Äußerung von CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer im Frühjahr 2001 geführte „Nationalstolz“-Debatte ließen deutlich erkennen, dass Kulturrassismus und Deutschnationalismus noch immer einflussreiche Tiefenströmungen innerhalb der politischen Kultur sind. Die antisemitischen Ausfälle des damaligen stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Jürgen W. Möllemann gegenüber einem Mitglied des Zentralrates der Juden in Deutschland überschatteten den Bundestagswahlkampf 2002; die antisemitische Stoßrichtung der Rede des CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann zum 3. Oktober 2003 mit dem Titel „Gerechtigkeit für Deutschland“ führte zwar zum Fraktionsausschluss, untermauert aber gleichfalls meine Einschätzung.

Von der Vereinigungseuphorie zur Globalisierungshysterie: deutscher Nationalismus im Wandel

Durch die Vereinigung ergaben sich für einen liberalkonservativen „Umbau“ des Wohlfahrtsstaates in Deutschland besonders günstige Rahmenbedingungen: Das Ende der DDR und ihr Beitritt zur Bundesrepublik erlaubten es, tiefe Einschnitte in Leistungsgesetze mit „finanziellen Lasten der

Einheit“ zu rechtfertigen und „Solidarität“, einen politischen Schlüsselbegriff der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, im nationalistischen Sinne umzubiegen. Außerdem begriff ein Großteil der wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Führungskräfte das vereinte Deutschland im Unterschied zur „alten“ Bundesrepublik als „zurückgewonnenen Nationalstaat“ und weniger als demokratischen Sozialstaat.

Zwar konnten REPublikaner, DVU und NPD von dem „Jahrhundertereignis“ nicht profitieren, sondern eher die Unionsparteien, als eigentliche Sieger fühlten sich aber jene, die nun auch die ehemaligen Ostgebiete des sog. Dritten bzw. Großdeutschen Reiches „heimholen“ wollten. Die am 20. Juni 1991 getroffene Entscheidung des Parlaments, in das Reichstagsgebäude nach Berlin überzusiedeln, wurde zumindest in Teilen der Öffentlichkeit als Distanzierung von der „Bonner Republik“, als definitive Abkehr von der Westorientierung und längst überfällige „Rückbesinnung auf die Nation“ interpretiert. Seit nicht mehr zwei miteinander verfeindete Teilstaaten existieren, erscheint Deutschland wieder als politisches Kollektivsubjekt, das „selbstbewusst“ handeln soll und seinen Bürger(inne)n mehr Leistungs- bzw. Leidensfähigkeit abverlangen muss.

Politisch-kulturelle Traditionen entscheiden mit darüber, auf welche Art eine Wirtschaftskrise oder eine gesellschaftliche Umbruchsituation, etwa DDR-„Wende“ und deutsche Wiedervereinigung, kollektiv „verarbeitet“ werden. Sofern ausgrenzend-aggressive Momente in der politischen Kultur eines Landes dominieren, werden die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe zu Abwehrgefechten der Einheimischen gegen „Fremde“ und zu interkulturellen Konflikten hochstilisiert, was für die Entstehung und Entwicklung von organisatorischen Zusammenschlüssen (Parteien, Gruppen bzw. sog. Freie Kameradschaften), aber auch bei der Überwindung individueller Hemmschwellen eine Rolle spielt.

Die 1991/92 extrem zugespitzte Asyldebatte hat nicht nur dem Grundrecht geschadet, sondern auch die Verfassung und die demokratische Kultur der Bundesrepublik lädiert. Günter Grass sprach mit Blick auf die Asylhysterie vom „Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland“, gar von einem „Rechtsrutsch“, welcher als „bundesweite Verlagerung der politischen Mitte“ begriffen werden müsse. Obwohl im Rahmen des Asylkompromisses zwischen CDU/CSU, FDP und SPD avisiert, blieb die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, das sich immer noch auf das Jus sanguinis (mit „deutschem Blut“ als Zugehörigkeitskriterium) stützt, bis zum Regierungswechsel im Herbst 1998 aus und wurde anschließend nur halbherzig verwirklicht.

Ausdifferenzierung und Dualisierung des Rechtsextremismus im Zeichen der Globalisierung

Wenn vom „globalisierten Rechtsextremismus“ gesprochen wird, meint man meist seine weltweite organisatorische Vernetzung und/oder seine Internet-Präsenz. Sehr viel wichtiger ist jedoch die Frage, welche Folgen der Globalisierungsprozess für die Entwicklung von Politik, Programmatik und Massenbasis des Rechtsextremismus hat. Kernideologien, organisatorische Formen, politische Strategien und soziale Wählerpotenziale des Rechtsextremismus differenzieren sich im Rahmen der Globalisierung aus: Neben den völkischen Nationalismus in Bevölkerungsschichten, die Angst vor einem „Turbokapitalismus“ (Edward N. Luttwak) haben, tritt jener Standortnationalismus, den in erster Linie solche Schichten unterstützen, die von einer neoliberalen Modernisierung profitieren, den „Umbau“ des Wohlfahrtsstaates nach Marktgesetzen forcieren und die soziale Ausgrenzung der weniger Leistungsfähigen intensivieren möchten.

Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt sind keineswegs bloß „hinterwäldlerisch“ anmutende Reaktionsweisen direkt betroffener oder benachteiligter Gruppen auf Globalisierungs-, neoliberale Modernisierungs- und soziale Marginalisierungsprozesse. Vielmehr verursachen diese auch in der gesellschaftlichen Mitte bzw. genauer: auf den „höheren Etagen“ bedrohliche Erosionstendenzen. Die neoliberale Modernisierung bewirkt auch eine Umstrukturierung, politisch-organisatorische wie geistig-ideologische Ausdifferenzierung und Dualisierung (Zweispaltung) des Rechtsextremismus, der seither in einen traditionalistischen und einen modernistischen Flügel zerfällt. Sozialstrukturell zieht ersterer primär die Globalisierungs- bzw. Modernisierungsverlierer, letzterer besonders die Globalisierungs- bzw. Modernisierungsgewinner in seinen Bann. Über einen längeren Zeitraum hinweg dominieren Mischformen in Gestalt rechtspopulistischer Parteien, die soziale Aufsteiger ebenso anzusprechen suchen wie sozial Benachteiligte.

Dass rechtspopulistische Strömungen trotz vager Versprechungen, missverständlicher Aussagen und zum Teil fehlenden Führungspersonals so viel Erfolg haben, liegt wohl auch darin begründet, dass sich die regierende Sozialdemokratie fast überall in Europa nicht mehr als *Arbeiterpartei* bzw. als politischer Arm der Gewerkschaftsbewegung versteht, auf die Seite der Globalisierungs- oder Modernisierungsgewinner überwechselt und damit das Feld für rechte Sozialdemagogen räumt.

Die neoliberale Hegemonie, welche neben der „sozialen Symmetrie“ des wohlfahrtsstaatlich organisierten Kapitalismus auch die Demokratie gefährdet, bereitet im mehrfachen Hinsicht den Nährboden für Rechtsextremismus, Rassismus und Neofaschismus. Die scheinbare Übermacht der kapitalistischen Ökonomie gegenüber der Politik bzw. transnationaler Konzerne gegenüber dem einzelnen Nationalstaat zerstört den Glauben besonders junger Menschen an die politische

Gestaltbarkeit von Gesellschaft, treibt sie in die Resignation und verhindert so demokratisches Engagement, das im Zeichen der viel beschworenen „Globalisierung“ allerdings nötiger denn je wäre.

Literatur

Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2002

Butterwegge, Christoph (u.a.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002

* *Prof. Dr. Christoph Butterwegge*, geboren 1951, leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln